

rufsausübung tatsächlich entspricht. Es muß damit gerechnet werden, daß es mehr Arbeiter gibt, als sich zu dieser Berufsgruppe zählen. Gleichwohl muß in unserer Analyse dieser Fehler vernachlässigt werden. Zählt man die Zahl der Studienanfänger, deren Väter Arbeiter und Bauern sind, zusammen, so ergibt sich die Zahl von 10 507, was von 66 108 Studienanfängern insgesamt 15,9 %, also rund 16 % bedeutet. Auch hier zeigt sich deutlich, daß der Anteil der Studienanfänger aus diesen gesellschaftlichen Gruppen erheblich angestiegen ist. Zählt man zu diesen ehemals bildungsdistanzierten Gruppen noch ein Drittel der Beamten des einfachen und mittleren Dienstes hinzu, dazu die Werkmeister, ein Drittel der als „sonstige Angestellte“ Bezeichneten, ein Drittel der „Einzelhändler und Gastwirte“, ein Fünftel der „selbständigen Handwerker“ und ein Fünftel der „sonstigen Gewerbetreibenden“, rundet man diese Zahl noch um ein Geringes auf, um den Anteil der „sonstigen Selbständigen“, der „Mithelfenden

im Familienbetrieb“, derjenigen, die keine Berufsangabe oder überhaupt keine Angaben gemacht haben, und jener, die ohne Beruf sind, so ergibt sich aus diesen ehemals bildungsdistanzierten Kreisen eine Zahl von Studienanfängern, die rund 20 000 erreicht, mithin rund 30 % der Studienanfänger überhaupt ausmacht. Die Studienwerbung scheint also insgesamt und besonders unter dem katholischen Bevölkerungsteil erstaunliche Früchte getragen zu haben.

Nur nebenbei sei vermerkt, daß diese Verschiebung des Anteils unter den Studienanfängern zugunsten ehemals bildungsdistanzierter Gruppen sich im Rahmen des bestehenden Schulsystems abgespielt hat. Dies bestehende Schulsystem ist zu einem überwiegenden Teil immer noch das geschmähete, dreigliedrige, grundständige Schulwesen. Die diesem gegenüber oft so gepriesene Gesamtschule hat nur einen ganz geringen Anteil am Gesamterfolg.

Karl Erlinghagen SJ

Produktivvermögen für alle

Der politische Beirat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Eigentumspolitik

Soll ein sozialer Fortschritt verwirklicht werden, dann hören wir immer zwei Einwendungen:

1. An dem, was ihr da vorschlagt, sind die Arbeitnehmer gar nicht interessiert. So hören wir es bezüglich der Mitbestimmung, so hören wir es bezüglich der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Laßt ab von diesen Weltbeglückungsversuchen; die Menschen wollen gar nicht auf diese Weise beglückt sein.

2. Grundsätzlich Ja; im Prinzip sind wir ganz dafür, aber nicht so. Und man kann sich noch so viele verschiedene Mittel und Wege ausdenken; sie bleiben bei ihrem grundsätzlichen Ja und praktischen Nein. – Ob dann das prinzipielle Ja ehrlich gemeint ist oder bloß als Deckmantel dient für das jedem praktischen Vorschlag entgegengesetzte Nein, das ist eine andere Frage.

In der Erklärung des Beirats für politische Fragen beim Zentralkomitee der deutschen

Katholiken vom 21. 6. 1972 geht es um das Eigentum oder die Vermögensbildung. Da sind sich alle darüber einig: die heutige Verteilung ist nicht in Ordnung; da muß etwas geschehen. Jedermann, jede Familie sollte über ein gewisses Vermögenspolster, wie man es heute so schön nennt, verfügen, um nicht genötigt zu sein, von der Hand in den Mund zu leben. Niemand hat etwas dagegen, daß die Sparguthaben breiter Kreise der Bevölkerung zunehmen; gegen Geldvermögen dieser Leute hat niemand etwas einzuwenden. Anders beim Sachvermögen. Da wird es ernst, da wird der Widerstand hart. Die Inhaber des Sachvermögens, ganz besonders des Produktivmittelvermögens, möchten es für sich behalten, auch seinen künftigen Zuwachs für sich reservieren. Gelingt ihnen dieses und können die anderen nur Geldvermögen bilden, Rentenansprüche erwerben und dergleichen mehr, dann kommen diese anderen, die

große Mehrheit unseres Volkes, nie zu Produktivvermögen. Diesen bisherigen „Naturschutzpark“ der Allgemeinheit zu erschließen, das ist es aber doch, wozu es geht. Darum legt auch die Erklärung *darauf* das entscheidende Gewicht. Wer an Produktivmittelvermögen nicht interessiert ist, dem soll gewiß keines aufgedrängt werden; aber wir glauben, zu einer echt freiheitlichen Wirtschaft, in der nicht nur eine kleine Gruppe, sondern *alle* wirtschaftliche Freiheit genießen, dürfe Produktionsmittelbesitz nicht ausschließliches Vorrecht einer Minderheitsgruppe sein.

Befremdlicherweise will noch eine andere Gruppe die Arbeitnehmer nicht an Produktionsmittelbesitz heranlassen. Man hat Mühe, es zu glauben, aber es ist so: das sind einflußreiche Kreise in den wissenschaftlichen Stäben einiger (nicht aller) Gewerkschaften. Natürlich wollen sie nicht, was die erste Gruppe will; viel lieber würden sie diesen Leuten die Produktionsmittel *abnehmen*. Da das aber aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht geht, wollen sie das, was an Produktionsmittelvermögen ständig neu geschaffen wird, nicht, wie wir es wollen, denen zuführen, die bisher keinen Anteil daran haben, sondern in anonyme kollektive Fonds legen. Dabei verstehen sie sich selbst offenbar als die geborenen Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft und daher ohne weiteres als dazu berufen, diese Mammutfonds zu verwalten und mit deren geballter Finanzmacht

nicht nur Wirtschaftspolitik, sondern systemändernde Gesellschaftspolitik zu betreiben. Auch *dem* tritt die Erklärung entgegen. Sie betont:

1. Es geht darum, den einzelnen und ihren Familien zu Vermögen zu verhelfen, nicht Mammutgebilde von Kollektivfonds aufzubauen; anders ausgedrückt: wir erstreben *personbezogenes* Eigentum.

2. Dieses personbezogene Vermögen soll sich nicht erschöpfen in Geldvermögen, sondern soll mehr und mehr auch in Anteilen am Sachvermögen, auch nicht allein im Eigenheim oder in Wohnungseigentum, sondern in Beteiligung oder Beteiligungsrechten am produktiven Sachvermögen, am Produktionsmittelbesitz bestehen.

Um den *Sinn* einer Vermögenspolitik zu wahren, wie sie einer freiheitlichen Ordnung aller Lebensbereiche entspricht, müssen wir nach zwei Seiten kämpfen: gegen diejenigen, die mit Zähnen und Klauen ihre Position verteidigen und den Produktionsmittelbesitz für sich allein behalten wollen, und gegen diejenigen, denen die heutige Ballung des Eigentums an den Produktionsmitteln in den Händen einer kleinen gesellschaftlichen Minderheit nicht genügt und sie durch eine zweite Ballung in anonymen kollektiven Mammutfonds vervollständigen wollen, was zur Folge hätte, daß unsere Wirtschaft restlos vermachtet wäre und der persönlichen Initiative vollends die Luft ausgeht.

Oswald von Nell-Breuning SJ

Biologische Radikale des Menschen

„Während zahlreiche Forscher bereits mit der Zukunft des Menschengeschlechts befaßt sind..., wird hier lediglich nach der alten psychoanalytischen Methode der Inventarisierung verfahren“, schreibt der Mainzer Medizinprofessor *Rudolf Bilz* im Vorwort des Bands, der 42 Aufsätze von 1943 bis 1969 versammelt¹. Es geht Bilz, der sich auf Uex-

küll beruft und bei Freud gelernt hat, einmal um die „biologischen Radikale“, also tiermenschliche Übereinstimmungen (wie Wahn-erregung bei nächtlichem Aufgeschrecktwerden, die Verbindung von Macht und Gestank [„stinkreich“] oder die Verfemung des Außenseiters), sodann um die Reste der „prophetisch-schamanistischen Übergangsphase, die – mit den Augen des Psychiaters gesehen – wie eine Psychose anmutet“. (Hierzu wäre freilich philosophisch-theologisch ebenso einiges anzumerken wie etwa zu dem Satz S. 83:

¹ Rudolf Bilz, Paläoanthropologie. Der neue Mensch in der Sicht einer Verhaltensforschung. Bd. 1. Frankfurt: Suhrkamp 1971. 532 S. Lw. 38,-.